

Bericht

Stiftung Energie & Klimaschutz Baden-Württemberg

„Es gibt keine weißen Flecken bei der Endlagersuche in Deutschland“

Auf dem hochrangig besetzten Symposium „Endlagerung“ der Stiftung Energie & Klimaschutz Baden-Württemberg und des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) standen aktuelle Fragestellungen rund um das Thema Endlagerung radioaktiver Abfälle auf der Tagesordnung. Neben einer Diskussion um die Suche eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle mit dem niedersächsischen Umweltminister Birkner, der Bundestagsabgeordneten Ute Vogt, dem baden-württembergischen Ministerialdirektor Helmfried Meinel und der EU-Kommissionsbeamtin Ute Blohm-Hieber, ging es in dem Symposium auch um die Probleme der Verzögerung bei der Inbetriebnahme von Schacht Konrad sowie um die Beteiligung der Bevölkerung bei der Endlagersuche.

Hochradioaktive Abfälle und das Endlagersuchgesetz

Mit der Richtlinie zur Entsorgung radioaktiver Abfälle habe die EU den Rahmen gesetzt, erläuterte Dr. Ute Blohm-Hieber von der Europäischen Kommission. Nun sei es an den Mitgliedstaaten die Vorgaben bis August 2013 in nationales Recht umzusetzen. Das nach Sicherheitskriterien bestgeeignete Endlager lasse sich nur nach technischen Kriterien finden und nicht durch eine politische Entscheidung herbeiführen. Aus diesem Grund sei es angebracht die Erkundungen am Standort Gorleben zu unterbrechen, so Ute Vogt, Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion im Gorleben-Untersuchungsausschuss. „Mit dem Endlagersuchgesetz können wir auf einer weißen Landkarte neu beginnen und haben die einmalige Gelegenheit, die Bevölkerung in Deutschland umfassend und frühzeitig einzubinden“, so Vogt weiter. Unglücklich finde sie allerdings, dass die Gespräche rund um den Entwurf des Endlagersuchgesetzes bislang nur zwischen Bundesumweltministerium und den Ländern stattfänden. Auf offiziellem Wege sei ihr bislang kein Papier zu der Thematik zugekommen. Auch der Niedersächsische Umweltminister Dr. Stefan Birkner sprach sich für eine neue Suche eines Endlagers für hochradioaktive Stoffe aus. „Niedersachsen stellt sich der Verantwortung. Das erwarten wir allerdings auch von den 15 anderen Bundesländern“, machte er deutlich. Die Frage, ob Gorleben weiterhin als Endlager in Betracht gezogen wird, bejahten die Referenten: „Gorleben bleibt im Topf“, so Birkner und fügte hinzu, dass man neben der Bevölkerung auch die Energieversorger in die Überlegungen einbeziehen müsste. Ansonsten handle man an wichtigen Dritten vorbei.

Schwach- und mittelradioaktive Stoffe

Mit ganz anderen Herausforderungen kämpfen die betroffenen Akteure bei der Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Stoffe. Hier gebe es mit dem Schacht Konrad ja bereits ein genehmigtes Endlager, so Dr. Hannes Wimmer von der GNS Gesellschaft für Nuklear-Service. „Und trotzdem können wir dort erst ab frühestens 2019 Abfälle einlagern. Geplant war die Inbetriebnahme ursprünglich für 2014.“ Dr. Wolfgang Eckert, Kaufmännischer Geschäftsführer der EnBW Kernkraft GmbH, stellt heraus, dass weitere Verzögerungen unbedingt zu vermeiden seien: „Durch den Ausstieg aus der Kernkraft sind wir hier unter noch größeren

Stiftung Energie & Klimaschutz
Baden-Württemberg

Durlacher-Allee 93
76131 Karlsruhe
Großkunden-PLZ: 76180 Karlsruhe
Telefon 0721 63-13986
Telefax 0721 63-12113

energieundklimaschutzBW@enbw.com
www.energieundklimaschutzBW.com

Vorsitzender des Stiftungsrats
Dr. Hans-Josef Zimmer
Mitglied des Vorstands
EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Geschäftsführender Vorstand
Dr. Wolf-Dietrich Erhard (Sprecher)
Manfred Volker Haberzettel
Dr. Bernd-Michael Zinow

Landesbank Baden-Württemberg
BLZ 600 501 01
Konto 2075129

Eine Stiftung der

Zeitdruck gekommen. Mit der Vorbereitung und Durchführung des Rückbaus von Kraftwerken kommen zu den bestehenden Stoffen für das Endlager Konrad neue Massen dazu. Deswegen muss jetzt für alle Beteiligten – Betreiber, Genehmigungsbehörden, Gutachter, die Wirtschaft und natürlich die Öffentlichkeit – Planungssicherheit in Punkto Reststoffflüsse und Entsorgung geschaffen werden“, so Eckert weiter. „Es gibt mit Konrad ein schlüssiges und genehmigtes Konzept für die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle. Also gilt es, genau dies dort schnellstmöglich hinzubringen. Anstatt die Pufferlager an den Standorten zu beanspruchen, an denen wir doch eigentlich die „grüne Wiese“ schaffen wollen. Die Energiewende hält noch viele Hürden für unsere Gesellschaft parat. Diese können wir mit Leichtigkeit nehmen.“ Dr. Ute Blohm-Hieber vom der Europäischen Kommission sprang den Diskutanten bei. Die Kommission werde bei der Überprüfung der Umsetzung der EU-Richtlinie genau darauf achten, ob die Prozesse und die Kompetenzverteilung zur Einrichtung von Endlagerkapazitäten in den Mitgliedstaaten Sinn machen und bei Bedarf Nachbesserungen einfordern.

Bürgerbeteiligung und Akzeptanz

„Ja, die Endlagerung kann einer breiten Bevölkerungsschicht vermittelt werden“, so Dr. Markus Fritschi, Mitglied der Geschäftsleitung der Schweizer Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle Nagra. Dies setze allerdings ein Vertrauen der Bevölkerung in das Handeln der Verantwortlichen voraus. Das Schweizer Modell gilt europaweit als Vorbild der Partizipation und Akzeptanzschaffung im Bereich der Endlagerung hochradioaktiver Abfallstoffe. Helfried Meinel vom Umweltministerium Baden-Württemberg sieht allerdings Schwierigkeiten bei der Übertragung des Schweizer Modells. Deutschland sei keine Konkordanz-, sondern eine repräsentative Demokratie. „Wir brauchen zunächst eine parteiliche und erst dann gesellschaftliche Lösung“. Professor Jan Ziekow vom Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer gibt ebenfalls zu bedenken, dass das Schweizer Modell nicht eins zu eins auf Deutschland übertragbar sei. Er plädiert dafür, zunächst die Ziele einer Bevölkerungsbeteiligung zu definieren. „Wollen wir den Menschen einfach Informationen vermitteln oder sie tatsächlich mitentscheiden lassen?“ Das bisher übliche Vorgehen sei noch lückenhaft. Ziekow geht davon aus, dass sich trotz Aufrufen von Seiten der Politik niemand an der Diskussion um Endlager beteiligen werde. Um sich am Ende des Prozesses nicht Vorwürfen auszusetzen, wird die Politik die üblichen Ansprechpartner von BUND und NABU befragen und dann eine Standortentscheidung treffen. „Sobald der Standort jedoch feststeht, wird es zu Protesten der direkt Betroffenen kommen“, prophezeit Ziekow; egal, ob die Politik der Bevölkerung zuvor die Partizipation ermöglicht hat. Um dem entgegenzuwirken, schlägt Ziekow eine frühzeitige Eskalation vor. Die Anzahl technisch möglicher Standorte sei begrenzt. Die Kapazitäten mit allen potenziellen Gemeinden frühzeitig ins Gespräch zu gehen, seien durchaus gegeben. Beate Kallenbach-Herbert, Leiterin des Bereichs Nukleartechnik und Anlagensicherheit beim Öko-Institut, sieht wenig Anlass zu Optimismus. Das Thema „Endlagerung“ sei durch die bisherige Medienberichterstattung rund um die Asse verbrannt. Akzeptanz zu erreichen werde dadurch schwierig, eine Beteiligung der Bevölkerung sei nichtdestotrotz unumgänglich. In einem sind sich die Experten einig. Die Verantwortlichen müssen Geduld mitbringen. Dinge müssten mehrfach erklärt werden, auch wenn es mühsam sei.

Neben den Problemen der Akzeptanz und den prozeduralen Schwierigkeiten bei der Errichtung von Endlagern treibt die Beteiligten auch die Sorge um den qualifizierten Nachwuchs um. Dr. Peter Fritz, Vizepräsident für Forschung und Innovation am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) stellte klar, dass der Erhalt von Kompetenz unabdingbar sei. Dies erfordere eine konstante öffentliche Förderung

und Attraktivität für junge Nachwuchsforscher sich in dem Bereich der nuklearen Entsorgungsforschung zu engagieren.

Verantwortlich für den Inhalt:

Stiftung Energie & Klimaschutz Baden-Württemberg

Jacek Mazurkiewicz

Durlacher Allee 93

76131 Karlsruhe

Telefon: 0721 63-13986

Telefax: 0721 63- 12113

Stiftung Energie & Klimaschutz Baden-Württemberg
Sitz der Stiftung: Karlsruhe

Vorsitzender des Stiftungsrats: Dr. Hans-Josef Zimmer

Vorstand:

Dr. Wolf-Dietrich Erhard (Sprecher)

Manfred Volker Haberzettel

Dr. Bernd-Michael Zinow